

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 12-1

Buchbesprechung: Sachbuch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anette Bingemer

hat an der Universität in Mainz Politikwissenschaft, Völkerkunde und Soziologie studiert und ist dort mit einer Dissertation über die KSZE-Politik Moskaus promoviert worden. Seit 1996 schreibt sie in freier Mitarbeit für die «Neue Zürcher Zeitung».

AGGRESSIONSVERZICHT DURCH WOHLSTAND UND DEMOKRATIE

Zu Ernst-Otto Czempiel's Studie «Kluge Macht – Aussenpolitik für das 21. Jahrhundert»

Hätte der Titel des Buches nicht besser «Kluge Politik» geheissen? Denn Macht ist ein Potential, das dem Handelnden nur vorübergehend zur Verfügung steht, und so will es Ernst-Otto Czempiel, ehemals Ordinarius für Politikwissenschaft in Frankfurt, auch verstanden wissen. Umgangssprachlich verwendet kann der Begriff Macht das Amt meinen, das einem Politiker durch sie zugewiesen worden ist; hierauf spielt der Titel wohl an: Klug wären Machtträger dann, wenn sie sich der Bedingungen ihrer Position bewusst blieben, also der Interessen der Menschen, die sie wählten.

Macht ist nicht schon Politik, aber Politik wäre demnach immer Machtpolitik – in Demokratien sowieso, und in den Beziehungen zwischen Staaten deshalb, weil Erzwingungsgewalt nie auf Dauer angewendet werden kann. Vor allem aber deshalb, und hier setzt die Argumentation des Autors ein, weil sie unter der Bedingung zunehmender Interdependenz, also in der «Gesellschaftswelt», auch gar nicht mehr anders geschehen könne, sie müsse die Bedürfnisse der Menschen – selbst die in anderen Staaten – berücksichtigen.

Einen Staat mit Wirtschaftsblockaden zu strafen wäre demnach nur dann «klug», wenn dies die innenpolitischen Verhältnisse nicht stabilisierte, sondern im Gegenteil der betroffenen Gesellschaft gerade den rechten Schub verliehe, den sie noch gebraucht hatte, um sich ihrer schlechten Regierung zu entledigen. In diesem Fall träfen «die Interessen der Umwelt (...) mit denen der betroffenen Gesellschaft zusammen. Diese will den Diktator, jene eine Gewaltquelle loswerden». Auch untereinander schätzen sich kluge Politiker also als Machtträger ein, anstatt wie bisher aufgrund anderer Kapazitäten. Aber Klugheit

hätte sich weder als Tugend zu erweisen, noch an ein Ethos zu halten; sie müsste nur die Zeichen ihrer Zeit deuten und ihnen entsprechen können. Auch zur Zusammenarbeit wären Regierungen demnach aufgefordert, weil ihre Gesellschaften dies schon längst tun und ihnen gewissermassen die Fakten vorlegen.

Die Beschreibung der Ursachen für die gewachsene unmittelbare Bedeutung gesellschaftlicher Ansprüche in der internationalen Politik sind aus früheren Publikationen Czempiel's bekannt; sie werden in diesem Buch nur wiederholt, wenn auch einzelne Aspekte strenger formuliert sind, in der Wortwahl fast ungeduldig.

Im folgenden soll hier deshalb nur auf vier erkennbare Relativierungen aufmerksam gemacht werden, um dann einmal grundsätzlich auf einige Implikationen einzugehen, die Czempiel's Gedankengänge durchwegs enthalten.

Kriege als Kettenreaktion

Deutlicher als bisher wird ausgesprochen, dass militärische Arsenale in begrenztem Umfang wichtig bleiben: «Gewalt in Szene zu setzen, kann auch in der Gesellschaftswelt politisch nützlich sein. Sie (...) erleichtert es dem Adressaten, sein Nachgeben vor seiner Gesellschaft zu rechtfertigen.» Dass dem Verteidigungszwang nicht zu entrinnen sei, und damit auch dem Teufelskreis der vorauseilenden Rüstung (Sicherheitsdilemma) ist eine andere einschränkende Feststellung. Die Nato behalte als Verteidigungskern eine positive Funktion. Die dritte Relativierung betrifft die vom Autor befürwortete Entwicklung unmittelbar; es ist die Gefahr einer neuen Unübersichtlichkeit; Kriege könnten als Kettenreaktion oder durch Missverständnisse entstehen.

Ernst-Otto Czempiel,
Kluge Macht. Aussenpolitik für das 21. Jahrhundert, Verlag C. H. Beck, München 1999.

Überdies räumt *Czempiel* ein, dass die Welt vorerst staatlich geordnet bleiben wird und damit auch formal heterogen – auch wenn sich mit der Angleichung der Wirtschafts- und Lebensformen «*die Ziele der demokratischen Gesellschaften einander angleichen*» werden. Ob er damit vielleicht doch denjenigen Einwänden entgegenkommt, die man seiner Idee von der Entwicklung eines demokratischen Weltfriedens immer schon machen konnte, nämlich religiösem Eifer, Nationalismen und anderen Konkurrenzvorstellungen keine Beachtung zu geben?

In seiner Projektion eines langen, unständlichen, aber doch gewissen Prozesses, an dessen Ende eine gebändigte, selbstzufriedene Menschheit stünde, bleibt weiterhin nur das Streben nach Wohlstand in Sicherheit bewegende Kraft. Als solches ist es willkommen und soll sich in Demokratien Einfluss verschaffen auf die Formulierung der Aussenpolitik, denn ihm wird Defensivität unterstellt: «*Besser als alle Überwachungs- und Verifikationssysteme stellen Wohlstand und Demokratie einer Gesellschaft ihren Aggressionsverzicht sicher.*» Alle anderen sozialen Antriebe und Faktoren, die durchaus gewaltsam werden könnten, etwa der Gestaltungswille des Menschen, bleiben unberücksichtigt. Andererseits aber auch, dass anstatt eines derart flachen Nutzenkalküls Tugenden und Erkenntnisfortschritte geltend gemacht werden könnten für eine friedlicher werdende Welt.

USA – ein wohlwollender Hegemon

Alle Möglichkeiten, die *Czempiel* visiert, setzen voraus, dass der Mensch friedfertig ist – zumindest sobald seine elementaren Lebensbedingungen gesichert sind und dass er vornehmlich daran interessiert ist. Und alle Erklärungen gehen von der Annahme aus, dass sich dieser allgemeine Befund allmählich auch in der internationalen Politik durchsetzen wird; jedoch, so scheint es, nicht aus Einsicht, sondern eben aus Machtbewusstsein. Berechtigen aber die Bedingungen, also das «Können», allein schon dazu, sich gesellschaftlichen Prozessen zu bemächtigen und mit ihnen Politik zu machen – in welchen Spielarten auch immer; *Czempiel* nennt drei: die tagtägliche Aussenpolitik (*relational power*), gemeinsame Vereinbarungen, governance

(*soft power*), Strukturen (*meta power*)? Es scheint nicht hinreichend klar zu werden, welche Kriterien zugrunde liegen sollten. Es würden keine Abhängigkeitsverhältnisse ausgenützt, sondern man entspräche nur Interdependenzen, so die Begründung. Aber politische Schieflagen werden scheinbar eingeplant, denn zu lesen ist auch dies: «*Die USA sind ein <wohlwollender> Hegemon, der auf die Zustimmung seiner Verbündeten auch dann Wert legt, wenn er sie ihnen abverlangt.*» Überdies besteht die Gefahr, dass einige wenige herausgefilterte Interessen – und seien sie noch so elementar – als Werte verabsolutiert werden und die Gesellschaft zu einer abstrakten Grösse, zu einer Totalität gerät. *Czempiel*s Gegenüberstellung von Gesellschaft und politischem System scheint ein latentes Misstrauen inhärent zu sein, das nicht nur der Idee des Gesellschaftsvertrages, die doch dem modernen Staat zugrunde liegt, widerspricht, sondern auch wissenschaftlich kaum zu orten ist. Weder könnte dafür eine dezidiert liberale noch eine sozialistische Überzeugung des Autors ausgemacht werden, sondern allenfalls Idealvorstellungen anderer Art: eine stets gut informierte, folgerichtig denkende und nüchtern urteilende Bevölkerung: «*Zu Beginn des dritten Jahrtausends gibt es überall in Europa demokratisch verfasste Informationsgesellschaften, die Wissen verarbeiten oder austauschen. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten sind <Knowledge Worker> geworden.*» Mancher klagt, dass gesellschaftliche Präferenzen heute Regierungsent-scheide eher verwässerten. *Czempiel* fordert im Gegenteil die Bevölkerungen auf, sich noch mehr Gehör zu verschaffen; und zwar nicht einmal nur am Wahltag oder durch Referenden zu einzelnen Fragen, sondern grundsätzlich über die öffentliche Auseinandersetzung; nur so könne allmählich gewährleistet werden, dass es keine Kriege mehr gebe.

Aber ist eine komplexe politische Situation oder Materie auch immer allgemeinverständlich vermittelbar und schleichen sich nicht schnell ungewollte und gewollte Verzerrungen ein? Dass dabei partikulare Interessen zuviel Einfluss bekommen könnten, ist eine Gefahr, die *Czempiel* nicht übersieht, sondern immerhin als eigentliches zukünftiges Problem einstuft. ♦

.....

Alle
Möglichkeiten,
die *Czempiel*
visiert, setzen
voraus, dass
der Mensch
friedfertig ist –
zumindest
sobald seine
elementaren
Lebens-
bedingungen
gesichert sind.

.....